



Newsletter

November 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Plenarwoche stand natürlich im Zeichen der Anschläge in Paris. In Straßburg wurden die Sicherheitsvorkehrungen deutlich verschärft. Es gab zum Beispiel Kontrollen an der deutsch-französischen Grenze. In emotionalen Reden drückten die Abgeordneten ihr Beileid aus und diskutierten über Konsequenzen. Viele Ansätze fand ich richtig, doch einige Abgeordnete sind auch deutlich zu weit gegangen.

Es fällt schwer, nach diesen Ereignissen wieder zur alltäglichen Arbeit überzugehen, aber natürlich darf Europa nicht stillstehen. Aus diesem Grund haben wir die Verhandlungen zu Medizinprodukten, zum internationalen Dienstleistungsabkommen und zur Luftfahrtstrategie weiter vorangetrieben. Zudem war ich in meiner Funktion als Präsidentin der Meeresgruppe des Europäischen Parlaments in Berlin und Marseille unterwegs, um über maritime Themen zu debattieren.

Erwähnenswert ist auch, dass die europäischen Liberalen einen neuen Parteivorsitzenden bestimmt haben. Beim Parteikongress in Budapest wurde der niederländische Vertreter Hans van Baalen gewählt, die ALDE-Partei in den kommenden zwei Jahren zu führen. Gratulieren möchte ich an dieser Stelle auch dem FDP-Vertreter Markus Löning, der zu einem der ALDE-Vizepräsidenten bestimmt wurde. Mehr zu diesen und weiteren Punkten finden sie wie gewohnt in den folgenden Artikeln.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Inhalt

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Plenardebatte zu den Anschlägen in Paris	<i>Seite 3</i>
Geschlechtsspezifisches Rentengefälle	<i>Seite 3</i>
Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in der EU	<i>Seite 4</i>
EU wird Vollmitglied der Kommission zur Erhaltung des südlichen Blauflossen-Thunfisches	<i>Seite 4</i>

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Sicherheitslage in Brüssel und Straßburg: Parlamentsarbeit läuft trotz Ausnahmezustand weiter	<i>Seite 5</i>
TiSA: ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen	<i>Seite 5</i>
Medizinprodukte: Update aus den Verhandlungen	<i>Seite 6</i>
Entschließungsantrag zur Zukunft der europäischen Luftfahrt	<i>Seite 6</i>
Untersuchungen zum Absturz der MH17-Maschine	<i>Seite 7</i>

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Parteitag der ALDE-Partei in Budapest	<i>Seite 8</i>
Meine Redeauftritte zu maritimen Themen in Brüssel, Berlin und Marseille	<i>Seite 8</i>
Staatsakt für Helmut Schmidt	<i>Seite 9</i>
Logistik-Jubiläum und "Klartext" in der Schule	<i>Seite 9</i>
Kroatien braucht bessere Anbindung	<i>Seite 9</i>

IV. Europa unter der Lupe

Was ist eigentlich ein Trilog?	<i>Seite 10</i>
Zum Abschluss eine Kuriosität	<i>Seite 10</i>

V. Terminvorschau

I. Aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Plenardebatte zu den Anschlägen in Paris

Bei der Plenardebatte zu den tragischen Anschlägen in Paris saß der Schock bei allen Abgeordneten tief. Alle Redner brachten ihre Trauer und ihre Wut deutlich zum Ausdruck. Natürlich geht jeder einzelne anders mit solchen Ereignissen um - erst recht in der Politik. Umso unterschiedlicher sind die politischen Antworten auf die Attacken: Die linke Seite des Parlaments forderte mehr Investitionen in den öffentlichen Dienst, um der Radikalisierung von Jugendlichen entgegenzutreten. Auf der rechten Seite wurde martialisch von Krieg geredet und davon die nationalen Grenzen wieder zu errichten.

Was mich daran stört ist, dass diese Vertreter die schrecklichen Geschehnisse nutzen wollen, um ihre politische Agenda durchzudrücken. So einfach ist es jedoch nicht. Das Problem ist weitaus komplexer. Man kann sich zum Beispiel nicht einfach abschotten und im eigenen Land verkriechen. Wie Guy Verhofstadt, Vorsitzender der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament, richtig feststellte: "Terroristen machen nicht an nationalen Grenzen Halt". Zudem gibt es solche Angriffe ja nicht nur in europäischen Ländern, sondern überall auf der Welt. Jüngst gab es auch in Mali Anschläge und in Nigeria sind Terrorattacken von Boko Haram an der Tagesordnung. Es ist also eindeutig ein globales Problem.

Deshalb darf man auch nicht auf die rechte Rhetorik reinfallen, wonach die Flüchtlingskrise untrennbar mit Terrorismus verbunden ist. Im Gegenteil, diese Menschen sind auf der Flucht vor dem Islamischen Staat. Es ist jedoch klar, dass man die Kontrolle über die europäischen Außengrenzen zurückgewinnen muss. Bei Angelegenheiten der inneren Sicherheit muss außerdem viel besser miteinander kooperiert werden. Kurz nach den Angriffen haben sich die Innenminister der europäischen Mitgliedstaaten darauf geeinigt, den Handel mit Waffen effektiver zu kontrollieren. Bei der Gelegenheit möchte ich aber auch klar unterstreichen, dass ich dagegen bin, dass die Rechte von Sportschützen und Jägern eingeschränkt und legale Waffenbesitzer unter Generalverdacht gestellt werden. Eine differenzierte Lösung muss her!

Zudem hat der Rat beschlossen, umfangreiche Daten von Reisenden zu sammeln. Auch hier muss man eine differenziertere Lösung finden. Es ist nicht zwangsläufig notwendig, immer mehr Daten zu sammeln. Viel wichtiger ist, dass man Informationen europaweit austauscht und auswertet. Zudem muss man die zur Verfügung stehenden Daten gezielter verwenden, um Verdächtige früher zu identifizieren und strafrechtlich zu verfolgen. Es bringt wenig, mehr Informationen von allen Fluggästen zu sammeln. Es ist beispielsweise sinnvoller zu schauen, wer sich in letzter Zeit in Krisenregionen wie Syrien aufgehalten hat und zurückgekehrt ist. Außenpolitisch muss es gelingen, die Finanzierungsquellen des Islamischen Staates zu identifizieren und zum Versiegen zu bringen. Innenpolitisch muss effektiver gegen die Radikalisierung der Jugendlichen vorgegangen werden. Es kann nicht sein, dass der Jihadismus so leicht und unkontrolliert Anhänger rekrutieren kann. Es wird deutlich, dass die Lösungsansätze wahnsinnig komplex sind und ein langer Weg vor uns liegt, die richtigen Antworten zu finden.

Geschlechtsspezifisches Rentengefälle

Während der Plenarsitzung in Straßburg durfte das Parlament Marianne Thyssen, Kommissarin für Soziales und Beschäftigung, begrüßen. Thema der Aussprache war die im Juni veröffentlichte Studie zum Rentengefälle zwischen Männern und Frauen. Tatsächlich ist die Rente bei Frauen im Durchschnitt vierzig Prozent niedriger als bei Männern. Ein schier unglaublicher und inakzeptabler Unterschied. Noch bis Ende des Jahres soll deshalb ein strategischer Plan zur Förderung der Gleichberechtigung auf den Weg gebracht und den Mitgliedsstaaten 4 Millionen Euro bereitgestellt werden. Unter anderem sollen mehr Daten erfasst und Aktionspläne erstellt werden.

Als Vorsitzende der Liberalen Frauen begrüße ich diese Entwicklung. Dennoch sollte der Fokus bei der Ursachenbekämpfung liegen: Lohnunterschiede und die vergleichsweise niedrigere Repräsentation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Um diese Probleme zu bekämpfen, bedarf es einer Gesellschaft, die Frauen in der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben nicht benachteiligt. Der Staat und auch die

Europäische Union stehen in der Verantwortung, hierzu die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in der EU

Am Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen kam es zu einer Aussprache mit Věra Jourová, der Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung. Sie musste sich der Kritik stellen, nicht genug für Gleichstellung und für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen unternommen zu haben. Noch immer sind nur zwölf EU-Mitgliedsstaaten der Istanbul Konvention beigetreten, welche eine Rechtsgrundlage für den Kampf gegen häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen darstellt. Es ist aber ein Gesamtbeitritt der EU erforderlich, denn während es in vielen Mitgliedsstaaten bereits gute Gesetze und einen guten Schutz gibt, ist Gewalt gegen Frauen dennoch in vielen Staaten an der Tagesordnung. Dass akuter Handlungsbedarf besteht, wird besonders deutlich, führt man sich einmal die Zahlen vor Augen: im Laufe ihres Lebens wird statistisch ein Drittel aller Frauen Opfer von physischer oder sexueller Gewalt. Kommissarin Jourová ließ verkünden, dass im Oktober ein Fahrplan erstellt wurde, der den EU-Beitritt zur Konvention auf den Weg bringen soll. Zudem soll im Dezember ein weiterer Plan vorgestellt werden, welcher dann auch dem Frauenausschuss des Parlaments vorgelegt wird. Sie sieht den Ansatz in der Datensammlung und besserem Monitoring, und der Bewusstseinsbildung. Bei letzterem ist vor allem die Rolle der Männer wichtig, wie der Vorsitzende der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament Guy Verhofstadt deutlich machte. Diese hätten das Thema Gewalt gegen Frauen schon viel zu lange umgangen und stehen in der Verantwortung, diese zu bekämpfen. Auch ich kritisiere, dass der Fortschritt seit einer EU-weiten Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte im Jahr 2014 und der Zusage der Kommission, eine Strategie zur Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt vorzulegen, nur gering ist. Das Bekenntnis der Kommission, Gewalt gegen Frauen verhindern zu wollen, ist eine Worthülse geblieben. Tätliche Gewalt muss von den zuständigen Stellen besser und systematischer dokumentiert werden. Die Kommission ist aufgefordert, die Umsetzung und Effektivität existierender Regelungen wie die Europäische Schutzanordnung zu prüfen, Defizite zu benennen und abzuschaffen. Dafür ist auch Druck auf die Regierungen der Mitgliedstaaten nötig! Diese Forderung unterstütze ich aus ganzem Herzen, damit alle Formen der Drangsalierung und Gewalt gegen Frauen berücksichtigt und beseitigt werden können.

EU wird Vollmitglied der Kommission zur Erhaltung des südlichen Blauflossen-Thunfischs

In dieser Plenarwoche gab es kaum Abstimmungen, die meine Kerngebiete Verkehr- und Umweltpolitik betrafen. Es wurde jedoch über ein Thema abgestimmt, das mich als Vorsitzende der Meeresgruppe des Parlaments interessiert. Die Abgeordneten gaben nämlich ihre Stimme zu der Frage ab, ob die EU der Kommission zur Erhaltung des südlichen Blauflossen-Thunfischs beitreten soll. Die Aufgabe dieser Organisation ist es, den Bestand von Thunfisch in der südlichen Hemisphäre zu überwachen und sicherzustellen, dass die Fische nicht verschwinden. Das ist hochrelevant, da der Fang von diesen Fischen in der Vergangenheit nicht reguliert wurde und der Bestand deshalb deutlich sank. Mitte der 90er Jahre einigten sich Australien, Neuseeland und Japan dann auf gemeinsame Maßnahmen. Die EU trat der Organisation später zwar bei, jedoch nicht als Vollmitglied. Angesichts der Tatsache, dass viele Boote in der Region unter europäischer Flagge fischen, war es jedoch an der Zeit, die EU als Vollmitglied zu akzeptieren. Der Sinn und Zweck dieses Schrittes wurde von den Abgeordneten geteilt, die sich mit klarer Mehrheit für den Beitritt aussprachen.

II. Aktuelles: Ausschussarbeit und Veranstaltungen in Brüssel und Straßburg

Sicherheitslage in Brüssel und Straßburg: Parlamentsarbeit läuft trotz Ausnahmezustand weiter

Brüssel befindet sich derzeit im Ausnahmezustand. Die Behörden haben seit letztem Samstag die höchste Sicherheitsstufe ausgerufen. Am vergangenen Wochenende gab es mehrere Hausdurchsuchungen und Festnahmen in der Brüsseler Innenstadt, ohne dass aber Entwarnung gegeben werden konnte. Auch der Arbeitsalltag für Abgeordnete und deren Mitarbeiter hat sich geändert. Für den Zugang zum EU-Parlament in Brüssel gibt es verschärfte Sicherheitskontrollen. Schon seit einigen Monaten - seit Charlie Hebdo - wird das Parlament von bewaffneten Soldaten bewacht und wir Abgeordnete kommen nur mit Ausweiskontrolle ins Haus. Jetzt müssen unsere persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzlich durch eine Kontrolle wie am Flughafen – Metalldetektor und Scanner. Das ist für unser Team absolut unüblich, galt sonst nur für Besucher. Der öffentliche Personennahverkehr ist größtenteils eingestellt. Schulen, Kindergärten und Universitäten bleiben geschlossen. Deshalb arbeiten einige Assistenten, deren kleine Kinder sonst unbeaufsichtigt zu Hause wären, im Home-Office. Viele kleinere Läden und gastronomische Einrichtungen im Europaviertel oder in der Innenstadt bleiben zu. Außerdem spürt man die erhöhte Präsenz von Soldaten, besonders im Umkreis der EU-Institutionen, vor Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Zahl der Einsatzkräfte wurde verdoppelt. Vergangenes Wochenende waren die Menschen angehalten, in ihren Wohnungen zu bleiben, sich gar von den Fenstern fernzuhalten. Man kann mit Recht behaupten, dass eine merkwürdige Stimmung über Brüssel herrscht.

Trotzdem läuft der Betrieb innerhalb des Parlaments nahezu „normal“ weiter. Zudem ist diese Woche Straßburg-Woche, die Abgeordneten und ein Teil der Mitarbeiter sind also im Parlament in Straßburg und nicht unmittelbar von der Brüsseler Situation betroffen. Hier in Straßburg spürt man bis auf eine erhöhte Sicherheitskontrolle beim Eingang eher wenig. Einzige Ausnahme ist die „Grenzüberfahrt“ ins benachbarte Kehl in Deutschland. Hier werden die Fahrzeuge zum Langsamfahren angehalten und teilweise kontrolliert, was zu erheblichen Verkehrsverzögerungen führt. Mir wurde dadurch deutlich bewusst, wie sehr wir doch die freie Mobilität im Schengen-Gebiet als selbstverständlich wahrnehmen. Als weitere Auswirkung sind die Möglichkeiten, im Parlament Veranstaltungen zu organisieren, erheblich eingeschränkt worden. Ich blicke der nächsten Brüsseler Sitzungswoche etwas besorgt entgegen. Unter diesen Umständen wird es doch zusehends schwieriger, den Betrieb im Parlament in vollem Umfang zu gewährleisten. Hoffen wir, dass wir wieder schnell zum „Normalbetrieb“ übergehen können. Es ist im Moment vorgesehen, die Sicherheitsstufe noch bis Montag, den 30. November beizubehalten. Ob es dabei bleibt, ist abzuwarten.

TiSA: ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (Liberale Berichterstatterin)

Nach der umkämpften Stellungnahme zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) beschäftigt sich der Transportausschuss wieder mit einem Handelsthema. Das TiSA-Abkommen wird derzeit zwischen 24 Staaten verhandelt, alle Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO), die gerne Teile ihrer Dienstleistungsmärkte öffnen möchten. Da die Verhandlungen innerhalb der WTO ins Stocken geraten sind, versuchen diese Staaten ein eigenes Abkommen zu abzuschließen. Dabei sitzt die EU mit wichtigen Handelspartnern wie z.B. USA, Australien, Korea, Mexiko oder Norwegen am Verhandlungstisch und wird wie bei allen Handelsabkommen durch die Europäische Kommission vertreten. Daher hat das Parlament beschlossen, eine offizielle Position zu den laufenden Verhandlungen zu beschließen, um die Meinung der Parlamentarier in den Prozess einzuspeisen. Das Europäische Parlament und die nationalen Regierungen müssen nämlich am Ende über Zustimmung zum Verhandlungsergebnis entscheiden. Ein Ende der Verhandlungen ist aber noch nicht in Sicht.

Die EU ist der weltweit größte Exporteur von Dienstleistungen mit europaweit zig Millionen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Ein Abkommen, mit dem europäische Unternehmen ihre Dienstleistungen einfacher in den USA oder Asien anbieten könnten, wäre daher gut für die europäische Wirtschaft. Das gilt auch für Dienstleistungen im Transportbereich. Europäische und vor allem auch

deutsche Reeder sind weltweit aktiv und befördern mit ihrer Flotte Güter zwischen allen Kontinenten. Allerdings haben sie keine rechtlichen Garantien, dass ein Staat ausländischen Reedern nicht einfach verbietet, seine Häfen anzulaufen oder Güter aus diesem Land an Bord zu nehmen. In dem Dienstleistungsabkommen sollten solche Zugangsrechte daher klar geregelt werden. Die USA hat ihren Seeverkehrsmarkt z.B. völlig geschlossen. Transporte innerhalb der USA dürfen nur von Schiffen getätigt werden, die in Amerika gebaut wurden, unter amerikanischer Flagge fahren und deren Besatzung nur aus Amerikanern besteht. Das garantiert natürlich einige Arbeitsplätze in den USA, hat aber dazu geführt, dass der Markt fast völlig abgestorben ist. Güter werden in der USA selbst entlang der bevölkerungsreichen Küstenstreifen mehr mit LKW oder Bahn transportiert als per Schiff. Das wäre in Europa undenkbar. Europäische Reeder dürfen heute nicht mal einige ihrer leeren Container im Hafen Baltimore abholen, um sie im Hafen von New York wieder zu befüllen. Den inneramerikanischen Transport muss ein amerikanisches Schiff übernehmen. Ich habe die Kommission aufgerufen, die Probleme der europäischen Reeder im Rahmen der Verhandlungen anzugehen. Aber Fakt ist auch, dass man die Verhandlungspartner nicht zwingen kann, Marktsegmente zu öffnen, wenn sie sich dadurch keine Vorteile versprechen. Daher haben alle Verhandlungspartner auch schon beschlossen, Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (wie öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung) von den Verhandlungen auszunehmen.

Medizinprodukte: Update aus den Verhandlungen (Liberale Berichterstatterin)

Wie es vorauszusehen war, gestalten sich die Verhandlungen zäh. Kein Wunder, ist dieser Gesetzesentwurf auch hoch technisch und komplex. Immerhin konnten sich die Vertreter der Institutionen bereits auf einen Text zu Medizinprodukten, die in der Schönheitschirurgie genutzt werden, einigen. Außerdem gab es eine Einigung für bestimmte Medizinprodukte, die in Krankenhäusern individuell für ganz spezielle Operationen gefertigt werden sollen. Um schnelle Hilfe für Patienten gewährleisten zu können, soll hier eine Ausnahmeregelung gelten.

Auch wenn diese Fortschritte zu begrüßen sind, so bilden sie leider nur einen geringen Teil von dem, was noch vor uns liegt. Viele Themen, wie die Wiederaufbereitung von Medizinprodukten oder die Zulassungsverfahren, müssen noch diskutiert werden. Weitere Fragen, die strittig sind: Darf es Ausnahmen für Krankenhäuser geben? Wer haftet bei Medizinprodukten, die nicht aus der EU stammen? Sind alle Materialien, die in den menschlichen Körper gelangen, also auch Schrauben und OP-Fäden, automatisch in der höchsten Sicherheitsstufe einzuordnen? Müssen alle Tests verschreibungspflichtig und an ärztliche Beratung gebunden werden? Wir warten hier gespannt auf die Arbeitskreissitzung im Rat am 2. Dezember, wovon wir uns alle einen Fortschritt erhoffen. Klar ist jetzt allerdings, dass eine Einigung unter luxemburgischem Ratsvorsitz nicht mehr zu schaffen ist.

Entschließungsantrag zur Zukunft der europäischen Luftfahrt

In vergangenen Newslettern habe ich schon erwähnt, dass die EU an einer Strategie über die Zukunft der europäischen Luftfahrt arbeitet. Im Dezember wird es soweit sein, dass die Europäische Kommission den erwarteten Bericht vorstellt. Das politische Interesse daran ist groß, schließlich wird damit die Richtung für die kommenden Jahre vorgegeben. Zudem umfasst der Bericht etliche strittige Fragen: Wie können europäische Airlines im globalen Wettbewerb bestehen? Wie weit darf sich die EU in Sozialbestimmungen einmischen? Wie können Drohnen in den Luftraum integriert werden? Dies sind einige der Fragen, um die es sich dabei dreht.

Im Vorfeld hat das Europäische Parlament nun einen Beschluss verabschiedet, in dem die Prioritäten des Parlaments formuliert werden. Man kann es sich als ein Signal an die Kommission vorstellen, durch das sich das Parlament positioniert und zeigt auf welche Themen es besonderen Wert legt. Ob die Kommission letztlich darauf hört, wird sich zeigen. Mit dem Endergebnis bin ich zufrieden: Die Liberalen haben es geschafft zu unterstreichen, dass europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb nur bestehen können, wenn rechtliche Bestimmungen die Positionen der Fluggesellschaften stärken, anstatt zusätzlich zu belasten. Schon jetzt ist der Wettbewerbsdruck, zum Beispiel von Fluggesellschaften aus dem arabischen Raum hoch. Zudem haben wir uns dafür ausgesprochen, Offenheit gegenüber neuen Technologien, wie beispielsweise der Verfolgung von Flugzeugen per Satellit, zu zeigen - um nur einige

Punkte zu nennen. Jetzt liegt der Ball im Spielfeld der Kommission. Ich bin gespannt wie das Ergebnis aussehen wird.

Untersuchungen zum Absturz der MH17-Maschine

Im Zuge der Untersuchungen zum Absturz des Linienflugs MH17 von Malaysia Airlines über der Ostukraine wurde der Verkehrsausschuss über die bisherigen Ergebnisse unterrichtet. Hierfür anwesend war Erwin Muller, Vizepräsident des niederländischen Untersuchungsrats für Sicherheit (OVV). Diese Behörde ist zuständig für die Untersuchungen und den abschließenden Bericht. Zudem stellte sich Patrick Ky von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) den Fragen der Abgeordneten. Der OVV-Bericht hält fest, dass der Absturz vom 17. Juli 2014 einer Flugabwehrrakete geschuldet ist und über dem Konfliktgebiet Ostukraine stattfand. In der Annahme, dass die zivile Luftfahrt nicht gefährdet ist, hat die Ukraine den Luftraum über dem Gebiet nicht geschlossen und Fluggesellschaften flogen dementsprechend. OVV und EASA halten fest, dass diese Risiko-Einstufung falsch war. Für die Zukunft müsse es deshalb bessere Standards und Richtlinien für diesen Einstufungsprozess geben. Hierfür sei speziell auf europäischer Ebene mehr Kooperation erforderlich, denn der Informationszugang sei im Moment zu fragmentiert. Schlussendlich wurde der Vorschlag, ein Europäisches Warnsystem zu errichten, angeregt diskutiert. Dieses solle die erklärten Probleme lösen und als Plattform für den Informationsaustausch und eine gemeinsame Risikoeinschätzung genutzt werden, welche dann auch spontane Empfehlungen erteilen kann.

III. Termine im Wahlkreis und in "aller Welt"

Parteitag der ALDE-Partei in Budapest

Wir haben in Brüssel nicht nur europäische, parteiübergreifende Fraktionen, sondern auch europäische Parteien. Zur ALDE-Fraktion gehört demnach die ALDE-Partei, die wie jede Partei einmal im Jahr ihren Parteitag abhält. Interessant ist, dass in der ALDE-Partei viel mehr Länder mit ihren liberalen Parteien mitarbeiten als in der ALDE-Fraktion. Auch Nicht-EU-Länder wie beispielsweise die Ukraine und Russland sind vertreten. Diesmal traf man sich vom 19.-21. November in Budapest, um dem ungarischen Premierminister Viktor Orban zu zeigen, es gibt auch liberale und weltoffene Alternativen zu seinem autoritären Regime. Obwohl er nach dem Fall des Eisernen Vorhangs als liberaler Studentenführer begonnen hat, steht Orban seit Jahren in der Kritik wegen der steten Abschaffung fundamentaler Bürgerrechte wie Pressefreiheit oder Unabhängigkeit der Justiz.

Auch ein Wechsel in der Führungsspitze der ALDE-Partei stand an. Der bisherige Vorsitzende Sir Graham Watson, mein ehemaliger Parlamentskollege von den britischen LibDems, hat sich nach vier Jahren im Amt verabschiedet. Ins Rennen um seine Nachfolge gingen der ehemalige Verkehrskommissar und frühere estnische Premierminister Siim Kallas und der niederländische Europaabgeordnete Hans van Baalen (VVD). Wegen der engen Beziehungen zu den Niederländern hat die FDP Hans van Baalen unterstützt, der am Ende deutlich gewonnen hat. Für die FDP ist Markus Löning mit überwältigender Mehrheit als Vizepräsident gewählt worden.

Meine Redeauftritte zu maritimen Themen in Brüssel, Berlin und Marseille

In den vergangenen Wochen war ich mehrfach in meiner Funktion als Präsidentin der parlamentarischen Intergroup Seas, Rivers, Islands and Coastal Areas (www.searica.eu) als Rednerin gefragt. Anfang des Monats habe ich auf einer Veranstaltung der Kommission zum Thema Bioökonomie gesprochen. Für meine Diskussionspartner stand fest: In Zukunft sind Algen von herausragender Bedeutung. Die Anwendungsgebiete für Produkte aus der Forschung und Industrie rund um die Meeresflora sind zahlreich. In der Kosmetik werden Algen ebenso genutzt wie in der Pharmakologie und der Nahrungsmittelindustrie. Wussten Sie, dass die blaue Farbe in Weingummi von einem Wirkstoff kommt, welcher aus Algen gewonnen wird? Das Gespräch mit Leuten aus der Industrie und der akademischen Welt bot interessante Eindrücke und eine übereinstimmende Einschätzung der Lage: Die Algenindustrie steckt weiterhin in den Kinderschuhen. Investitionen sind daher von großer Bedeutung, um die Forschung voranzutreiben. Nur so können innovative Ideen und Anwendungsmöglichkeiten entstehen. Doch auch politische Maßnahmen können diese Industrie unterstützen. Eine Einbindung für eine umfassendere Anzahl von Algenarten in die Definition von Novel Food mitsamt Richtlinien, wie sie in vielen anderen Teilen dieser Welt schon existieren, wäre von großer Bedeutung. Ich konnte meinen Diskussionspartnern in vielen Punkten zustimmen und bin der Überzeugung, dass die Politik für diese noch junge Industrie im Standort Europa passende Rahmenbedingungen schaffen sollte, damit die Forschung und Produktion unterstützt und erleichtert wird.

Nur einen Tag später fand in Marseille die Konferenz *Économie de la Mer* statt. Die zweitägige Konferenz ist eine der wichtigsten Veranstaltungen der maritimen Wirtschaft Frankreichs. Gemeinsam mit dem französischen Staatssekretär für maritimen Transport, Philippe Alfonso, und dem Präsidenten des Europäische Networks Maritimer Cluster, Francis Vallat, diskutierte ich über die Möglichkeiten eines "Blauen Wachstums" in Europa und wie dies politisch unterstützt werden könnte.

Eine Woche später ging es dann nach Berlin, wo die vierte Ausgabe der World Ocean Review vorgestellt wurde. Die umfangreiche Studie beschäftigt sich mit der nachhaltigen Nutzung unserer Ozeane und wurde vorwiegend von Forschern der Universität Kiel erstellt. Im Rahmen eines Interviewparcours in der Landesvertretung Schleswig-Holstein diskutierte ich gemeinsam mit einem Kreis führender Meeresforscher wie Prof. Martin Visbeck, Prof. Antje Boetius oder Prof. Konrad Ott über die Möglichkeit das wirtschaftliche Potential unserer Meere zu nutzen, ohne die sensiblen Ökosysteme der Ozeane zu beeinträchtigen. Die Tatsache, dass ich innerhalb von so kurzer Zeit bei drei ganz verschiedenen Veranstaltungen in Belgien, Frankreich und Deutschland eingeladen war, um über das Potential der

maritimen Wirtschaft und der Aufgabe einer nachhaltigen Nutzung der Meere zu sprechen, zeigt einmal mehr, dass sich im Bereich Meerespolitik gerade einiges bewegt und das Thema auf der politischen Agenda endlich seinen verdienten Platz findet.

Staatsakt für Helmut Schmidt

Ganz gleich, wo man politisch steht: Ich denke, es besteht Einigkeit in Deutschland, dass wir mit Helmut Schmidt einen herausragenden Politiker verloren haben. Einige von Ihnen haben vielleicht den Staatsakt zu seinen Ehren im Fernsehen verfolgt. Ich durfte als norddeutsche Europaabgeordnete im Hamburger Michel dabei sein. Es gab nur drei Ansprachen: von Olaf Scholz als Hamburger Bürgermeister, Henry Kissinger als gutem Freund und langjährigem politischen Weggefährten und Bundeskanzlerin Angela Merkel - das hatte sich der Verstorbene so gewünscht, genauso wie das militärische Ehrengelicht im Anschluss. Mich hat Kissingers Rede, die Einblick sowohl in wichtige historische als auch sehr private Begegnungen gab, besonders berührt. Kissinger betonte, dass Schmidt und er immer sehr ehrlich zueinander waren und sich voll aufeinander verlassen konnten - absolut nicht selbstverständlich in der Politik, schon gar nicht in transnationalen Beziehungen. Helmut Schmidt hatte sich auch viel Musik gewünscht, von "Der Mond ist aufgegangen" über den Kanon von Pachelbel bis zu Werken von Johann Sebastian Bach. Als bekanntermaßen gutem Pianisten hätte ihm das furios gespielte Cembalo-Solo aus dem 1. Satz des 5. Brandenburgischen Konzerts bestimmt besonders gut gefallen.

Logistik-Jubiläum und "Klartext" in der Schule

Der GVN hatte mich zu seinem 70-jährigen Jubiläum nach Papenburg eingeladen, um über aktuelle europäische Verkehrspolitik zu informieren. Mir ist die Zusammenarbeit mit dem Verkehrs- und Logistikgewerbe schon immer sehr wichtig gewesen. Viele machen sich keine Gedanken über die Bedeutung dieses Sektors für unsere Wirtschaft und für unseren Alltag. Dabei gewährleistet er nicht nur die "freie Mobilität von Personen, Waren und Dienstleistungen" - eine der wichtigsten Grundsätze der Europäischen Union -, sondern stellt damit auch das Funktionieren des Europäischen Binnenmarkts sicher. Mit fortschreitender Digitalisierung, neuen "Transportmitteln" wie Drohnen, Konkurrenz von Uber zu den Taxis, selbstfahrenden LKWs und anderen Entwicklungen wird es in Zukunft einige Veränderungen geben, und das war natürlich auch Thema bei der Versammlung. Ich betone bei solchen Gelegenheiten immer gern die Wichtigkeit von Lang-LKWs als wirtschaftlich und ökologisch effizientem Transportmittel auf ausgewählten Strecken.

Im Rahmen der Workshop-Reihe "Klartext" war ich als Schirmherrin in der Herrschelschule in Hannover. Es geht bei diesen Veranstaltungen um den richtigen und maßvollen Umgang mit Alkohol, der als Genussmittel Bestandteil unserer Gesellschaft ist und auch bleiben soll, aber bei Missbrauch süchtig machen kann. Eltern von Jugendlichen können sich hier informieren über Gesundheitsrisiken von zu frühem Alkoholkonsum, über ihre Erfahrungen mit "Mutproben" via Internet austauschen und auch darüber diskutieren, wie sie am besten mit ihren halbwüchsigen Kindern dieses Thema behandeln.

Kroatien braucht bessere Anbindung

Eine der Verkehrsausschuss-Reisen dieses Jahr führte nach Kroatien. Besucht wurden der Flughafen von Zagreb, ein Naturschutzgebiet im Osten des Landes und die Hauptstadt Zagreb mit innovativen Verkehrsmodellen. Da Kroatien insbesondere wegen seiner Inselwelt und der langen Küste ein beliebtes Reiseziel ist, gibt es gute Flugverbindungen an verschiedene Orte, wenn auch nicht immer als Direktverbindung (ich musste bei An- und Abreise jeweils umsteigen). Viel Verbesserungspotential gibt es aber noch im Eisenbahnnetz, wo auch EU-Mittel im Rahmen der Förderperiode 2014-2020 eingesetzt werden sollen. Zagreb als Studentenstadt bietet ein gutes Konzept für Radfahrer, auch E-Biker, und ein insgesamt überzeugendes Nahverkehrssystem, das wir Teilnehmer mit den kroatischen Verantwortlichen als Beispiel für städtische Mobilität der Zukunft diskutierten.

IV. Europa unter der Lupe

Was ist eigentlich ein Trilog?

In dieser neuen Rubrik werde ich an ausgewählten Themen die Funktionsweise unseres "europäischen" Betriebs erklären. Da in meinen Newslettern schon verschiedentlich "Trilogie" erwähnt wurden, ist dies heute Thema. Trilogie sind Bestandteil europäischer Gesetzgebung, die 70 % unseres Alltags bestimmt und folgendermaßen abläuft: Die EU-Kommission schlägt - häufig auf Anregung aus Parlament oder Mitgliedstaaten und nach ausführlicher Befragung des jeweiligen Sektors - einen Gesetzestext vor. Das kann entweder eine Verordnung sein, die nach Abschluss der Verhandlungen 1:1 europaweit umgesetzt werden muss, oder eine Richtlinie, die zwar nicht "unterboten" werden darf, aber bei der Umsetzung in nationale Gesetzgebung noch Spielraum lässt. Sobald der Text veröffentlicht ist, setzen sich im Rat die jeweiligen Fachminister der Mitgliedsstaaten und im Parlament Vertreter der Fraktionen zusammen und erarbeiten einen Gegenentwurf. Im Parlament geschieht dies in dem jeweiligen Fachausschuss, in meinem Fall bei den Medizinprodukten dem Umweltausschuss, der ja auch für Ernährung und Gesundheit zuständig ist. Dort gibt es eine/n Berichterstatter/in, verantwortlich für Federführung und später auch Verhandlungsführung im Trilog. Im Fall der Medizinprodukte ist dies eine britische Sozialdemokratin. Damit der Parlamentstext nicht politisch einseitig ausfällt, gibt es bei Erarbeitung und Verhandlung aus jeder anderen Fraktion jeweils eine/n "Schattenberichterstatter/in" (ich nenne das im Newsletter in meinem Fall "liberale Berichterstatterin"). Sobald alle Texte fertig sind, beginnen die Trilogie. Dabei sitzen sich die Fachvertreter der Kommission, die Fachminister des Rats - vertreten jeweils durch das Land mit der aktuellen Ratspräsidentschaft, also zur Zeit Luxemburg, ab Januar Niederlande - und das Berichterstatter-Team des Parlaments gegenüber. Jeder hat ein "4-Spalten-Dokument" vor sich: jeweils eine Spalte für den Ursprungstext der Kommission, eine Spalte für das Parlament, eine Spalte für den Rat und die letzte für Anmerkungen oder Kompromissvorschläge. Dieses oft sehr umfangreiche Dokument (im Falle der Medizinprodukte ist der Ratstext mit 700 Seiten extrem lang) wird dann § für § besprochen. Am Schluss gibt es zwei Möglichkeiten: 1) man einigt sich auf einen gemeinsamen Text, der vom Parlamentsplenum und von den Fachministern "abgesegnet" und unterzeichnet und dann nach einer vorher festgelegten Frist in den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden muss, oder 2) man einigt sich nicht - dann muss die Kommission über einen neuen Vorschlag nachdenken.

Zum Abschluss eine Kuriosität

Die Chefin der Front National, Marine Le Pen, wurde beim "Schummeln" erwischt. Wir Abgeordneten haben alle eine elektronische Stimmkarte, die ausdrücklich nur von uns persönlich benutzt werden darf. Umsitzende Abgeordnete haben kürzlich gesehen, dass Marine Le Pen selbst nicht da war, aber ein Fraktionskollege außer mit seiner auch noch mit ihrer Karte abgestimmt hat. Das ist natürlich ein Verstoß gegen unsere demokratischen Vorgaben, entsprechend gibt es dafür eine Strafe im Parlament. Als dies im folgenden Plenum öffentlich diskutiert wurde, stritt Marine Le Pen alles ab und beschuldigte die Kollegen der Lüge. Daraufhin glich die Parlamentsverwaltung die Anwesenheitslisten mit den elektronischen Abstimmungen ab und entdeckte, dass das bezüglich der Stimmkarte dieser französischen Abgeordneten kein einmaliger Vorfall war...

V. Terminvorschau

27.11.	Hannover	Europavortrag beim Hannoverschen Automobilclub
30.11.	Bad Iburg	Politisches Abendessen mit Vertretern der regionalen Wirtschaft
30.11.- 4.12.	Brüssel	Teilnahme am "Young visitors programm"
1.- 3.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktion, Trilog, Miniplenium
1.- 2.12.	Brüssel	Besuch von Bürgermeistern aus meiner Region
2.12.	Brüssel	Konferenz meiner Meeres-Intergroup zu "Ocean Governance"
7.- 10.12.	Brüssel	Ausschüsse, Fraktionssitzung
8.12.	Brüssel	Logistikforum "Digitalizing transport documents"
9.12.	Brüssel	Konferenz "Why aviation matters"
11.- 12.12.	Brüssel	Europaseminar der Liberalen Frauen
14.- 17.12.	Straßburg	Plenum, Fraktion, Triloge, Besuchergruppe

27. November 2015